

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

### **des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste (10)**

am Mittwoch, 18. Juni 2008

Dauer: 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Ort: Gymnasium „In der Wüste“, Kromschröderstraße 33

---

#### Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Bürgermeister Jasper

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Griesert  
Herr Santjer, Fachbereich Städtebau/Fachdienst Straßenbau

Protokollführung: Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

## Tagesordnung

### TOP Betreff

---

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Anregungen und Wünsche
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
  - a) Informationen zum „Masterplan Mobilität“
  - b) Bebauungsplan 121 - Wüste, Nordost
- 4 Von Bürgern, Vereinen etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
  - a) Bebauungsplan Nr. 555 „Nördl. Brinkhofweg“
  - b) Elisabeth-Siegel-Schule: Reparatur der sanitären Anlagen
  - c) Beleuchtung am Schotterweg hinter der Bereitschaftspolizei (Verbindungsweg „Mercatordorf“ zur Brinkstraße)
  - d) Geplanter Ausbau der Kanalisation und der Straße am Knappsbrink
  - e) Straßensanierungen (Limberger Straße, Am Pappelgraben, Straße am Wüstensee)
  - f) Verkehrsdichte an der Fritz-Reuter-Straße
  - g) Spielwiese am ehem. Cafe Fernblick auf der Berningshöhe
  - h) Eingangsbereich Spielplatz Friedrich-Lehmann-Platz
  - i) Sachstand Planung Umweltzone
  - j) Verkehrsführung während der Umgestaltung Hoffmeyerplatz
  - k) Grünflächen am Pappelsee (Pflege, Bänke)

Herr Jasper begrüßt ca. 65 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder Herrn Hus, Herrn Hasskamp, und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

## **1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)**

Herr Jasper verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 06.12.2007 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

Folgende aktuellen Informationen werden ergänzt:

### Verkehrssituation Kiwittstraße (TOP 2 d / 4 a des letzten Bürgerforums):

Die Verwaltung hat die Angelegenheit im Rahmen einer Verkehrsschau mit Vertretern der Polizei und der Verwaltung geprüft.

Grundsätzlich muss zunächst einmal festgestellt werden, dass das Parken auf der Fahrbahn, auch neben Baumbeeten, dann zulässig ist, wenn dadurch das Parken auf Parkstreifen oder auch Grundstückseinfahrten nicht behindert werden.

Das ist an der Kiwittstraße dort der Fall, wo die Baumbeete länger sind als die parkenden Fahrzeuge. Ist die Baumscheibe dagegen kürzer, ist das Parken unzulässig.

Werden diese Regeln beachtet, kann es nicht zu Behinderungen für die Feuerwehr oder den Rettungsdienst kommen. Die per Straßenverkehrsordnung geltenden Halt- und Parkvorschriften sind deshalb für ein geordnetes Parken in diesem Abschnitt der Kiwittstraße durchaus ausreichend. Weitere Regelungen sind deshalb nicht erforderlich.

Natürlich verkennt die Verwaltung nicht, dass es auch in diesem Abschnitt der Kiwittstraße Falschparker gibt, und dass das gegebenenfalls auch zu Behinderungen führen kann. Deshalb wird das OS TEAM im Rahmen der personellen Möglichkeiten Kontrollen, auch in den Abendstunden durchführen.

### Verkehrssicherheit am Kinderspielplatz Theo-Fritz-Koch-Weg (TOP 4 d des letzten Bürgerforums):

Die Verwaltung hat die Angelegenheit im Rahmen einer Verkehrsschau mit Vertretern der Polizei und der Verwaltung geprüft.

Dabei wurde festgestellt, dass die an den Spielplatz grenzenden Büsche in die Schreberstraße hinein ragen und dass dadurch die Nutzung dieses Seitenstreifens durch Fußgänger erschwert wird. Außerdem gibt es Sichtprobleme in Richtung Theo-Fritz-Koch-Weg.

Der Spielplatzausgang dürfte allerdings inzwischen kein Problem mehr sein, weil dieser vor geraumer Zeit bereits an den Theo-Fritz-Koch-Weg verlegt worden ist und durch eine Umlaufsperrung gesichert ist.

Der Beginn des Ausbaus der Schreberstraße in diesem Abschnitt ist für 2009 geplant. Unter den gegebenen Umständen sieht die Verwaltung derzeit keine Möglichkeit, hier verkehrsberuhigende Elemente einbringen zu lassen. Insbesondere provisorischen Einengungen sind aufgrund des Straßenzustandes und der zu berücksichtigenden Grundstückszufahrten nicht realisierbar. Erst mit dem Ausbau können dann Verkehrsberuhigungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Um jedoch die aktuelle Situation zu verbessern, wird die Verwaltung veranlassen, dass die Büsche zurück geschnitten werden und auf der Schreberstraße vor der Einmündung Theo-Fritz-Koch-Weg ein Gefahrenzeichen „Achtung Kinder“ aufgestellt wird.

<b>2. Anregungen und Wünsche (TOP 2)</b>
--

**2 a) Pappelsee: Verschmutzungen der Grünfläche und des Spielplatzes durch Hundekot**

Herr Wendt berichtet, dass viele Besucher über Hundekothaufen auf den Flächen am Pappelsee und auf dem Kinderspielplatz klagen. Die Tiere werden am See von der Leine gelassen. Er bittet darum, durch das OS TEAM zu kontrollieren.

**2 b) „Grüne Welle“ an der Iburger Straße**

Herr Jeda fragt, mit welcher Durchschnittsgeschwindigkeit man an der Iburger Straße die „grüne Welle“ fahren kann. Weiterhin schlägt er vor, eine entsprechende Hinweisbeschilderung anzubringen (z. B. „empfohlene Geschwindigkeit .. km/h“).

Herr Griesert berichtet, dass an der Straße eine „grüne Welle“ eingerichtet ist, die sich den Spitzenverkehrszeiten anpasst. Zurzeit können Busse aus Querstraßen eine bevorzugte Ampelschaltung und unterbrechen damit die „grüne Welle“. Das gleiche passiert, wenn Fußgänger „grün“ erhalten und beide Straßenrichtungen in einem Durchgang überqueren können, statt auf einer Mittelinsel warten zu müssen. Die Flüssigkeit des Verkehrs ist eine Fragestellung, die auch im „Luftreinhalte- und Aktionsplan“ thematisiert wird. Ggf. würden Anpassungen erfolgen.

**2 c) Umgebung der Fritz-Reuter-Straße / Sandgrube**

Ein Anwohner aus dem Bereich Fritz-Reuter-Straße / Sandgrube spricht den Bereich hinter den neuen Reihenhäusern an. Die Grundstücke und Gebäude seien unansehnlich. Das Umfeld sei zudem oft verschmutzt. Die Verwaltung sollte die Grundstücksbesitzer anschreiben und auf die Reinigungspflichten hinweisen.

**2 d) Parkstraße: Absackende Kanaldeckel**

Herr Scholz weist darauf hin, dass auf dem neuen Stück der Parkstraße die Kanaldeckel offensichtlich durch den verstärkten Busverkehr absacken.

**2 e) Schotter auf der Fahrbahn**

Herr Scholz teilt mit, dass sich an der Kreuzung Parkstraße/Wiesenbachstraße sowie an der Dr.-Eckener-Straße im Mündungsbereich Schotter auf der Fahrbahn befindet. Hier haben immer wieder ältere Menschen erhebliche Gehschwierigkeiten. Außerdem können beim Anfahren der Autos Steine hochgeschleudert werden.

**2 f) Sitzbänke für die Grünfläche und den Kinderspielplatz an der Piuskirche**

Herr Scholz fragt, warum es in der Grünanlage und auf dem Spielplatz unterhalb der Piuskirche keine Sitzbänke gibt. Die Seniorinnen und Senioren würden gerne den Kindern beim Spielen zusehen und sich während des Spaziergangs erholen.

### 3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

#### 3 a) Informationen zum „Masterplan Mobilität“

Herr Santjer berichtet anhand von Folien über den Masterplan Mobilität, der den geltenden Verkehrsentwicklungsplan von 1992 ablöst. Der Masterplan stellt den Orientierungsrahmen dar für die Verkehrsentwicklungsplanung der nächsten zehn bis 15 Jahre für das Stadtgebiet von Osnabrück. Ziel ist eine Bestandsaufnahme, aber auch ein Handlungskonzept, bei dem Leitlinien entwickelt, Schwerpunkte gesetzt und Prognoseszenarien erarbeitet werden. Im Herbst 2007 fanden bereits umfassende Verkehrszählungen zur Bestandsaufnahme statt. Der Masterplan Mobilität soll Anfang 2009 fertig gestellt werden.

Bei der Erarbeitung des Masterplans werden alle Verkehrsarten betrachtet (Fußgänger, Radfahrer, Pkw, ÖPNV usw.). Im Vergleich zu älteren Verkehrsentwicklungsplänen liegt der Schwerpunkt auf der Planung der Mobilität und nicht auf der ausschließlichen Infrastrukturplanung. Querschnittsthemen wie Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit, aber auch eine strategische Umweltprüfung (Feinstaub, Lärm) werden mit einbezogen.

Weiterhin wurde ein Arbeitskreis mit etwa 35 Teilnehmern eingerichtet (verschiedene Verbände, Interessensvertreter, Polizei, Verkehrsexperten, Politik, Behörden, Vertreter von Landkreis und Umlandgemeinden u. a.).

Der Planungsprozess wird von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit (Presseberichte, Flyer, Information in den Bürgerforen) begleitet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich an dem Planungsprozess zu beteiligen. Unter [www.osnabrueck.de/masterplan-mobilitaet](http://www.osnabrueck.de/masterplan-mobilitaet) wird der aktuelle Sachstand dargestellt. Weiterhin steht ein Online-Formular bereit, mit dem Anregungen, Ideen und Verbesserungsvorschläge mitgeteilt werden können. Demnächst soll im Internet ein Diskussionsforum eingerichtet werden. Schriftliche Stellungnahmen können auch an den Fachbereich Städtebau, Fachdienst Verkehrsplanung, Postfach 4460, 49034 Osnabrück, Fax: 0541/323-2713, gerichtet werden.

#### 3 b) Bebauungsplan 121 - Wüste, Nordost

Herr Santjer erläutert die geplante Änderung des Bebauungsplans Nr. 121, dessen Öffentlichkeitsbeteiligung noch bis zum 10.07. durchgeführt wird. Die Unterlagen liegen im Fachbereich Städtebau (Dominikanerkloster) aus und können im Internet unter [www.osnabrueck.de/bebauungsplaene](http://www.osnabrueck.de/bebauungsplaene) eingesehen werden. Dort gibt es ein Online-Formular, mit dem die Bürger ihre Anregungen zu dem geplanten Bauvorhaben an die Verwaltung geben können. Vorgesehen ist die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Verwaltungsgebäudes durch das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Erziehung (Nifbe). Der Parkplatz des Studentenwohnheims an der Jahnstraße soll daher bebaut werden. Für Parkzwecke stehen dann zwei der jetzigen Tennisfelder bereit. Der Baumbestand soll erhalten bleiben.

Herr Runge spricht in diesem Zusammenhang den Zustand der Jahnstraße an. Insbesondere der Abschnitt oberhalb des Sees sei in einem schlechten Zustand und könne überhaupt nicht mehr repariert werden. Eine Sanierung sei daher dringend erforderlich. Zudem sei ein erhöhtes Verkehrsaufkommen durch die Besucher des Medipark und die dort wohnenden Studenten zu beobachten. Weiterhin gebe es Schleichverkehr aus Richtung Lotter Straße.

#### 4. Von Bürgern, Vereinen etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 4)

##### 4 a) Bebauungsplan Nr. 555 „Nördl. Brinkhofweg“

Der TOP wurde von zwei Antragstellerinnen angemeldet, die sich im Namen weiterer Anlieger gegen das geplante Baugebiet aussprechen.

Herr Santjer zeigt anhand eines Luftbildes den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes auf. Die Bebauung soll die Lücke in den bereits vorhandenen Wohnflächen füllen. Diese Planung besteht schon seit längerer Zeit und wurde im Jahr 2001 mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans flächenmäßig reduziert. Ende 2006 wurde - u. a. vor dem Hintergrund des Abzugs der britischen Streitkräfte - eine Bauflächenrevision vorgenommen, bei der die in Planung befindlichen Bauflächen erneut geprüft wurden. Mit dem Ratsbeschluss vom Mai 2007 wurde auch die Beibehaltung der Planung für den B-Plan 555 beschlossen. Die Grundstücke sollen jeweils etwa 300 bis 600 qm groß sein. Vorgesehen sind Einfamilien- und Doppelhäuser. Bei der Realisierung einer Wohnbebauung würde das städtische Baulandmanagement angewendet, wonach bevorzugt ein familiengerechtes Angebot geschaffen wird. Für die Grundstückspreise wird eine Obergrenze festgelegt. Der Vorentwurf des Bebauungsplans wird zurzeit in der Verwaltung erarbeitet, dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt und dann voraussichtlich im Herbst d. J. öffentlich ausgelegt. Die Termine werden in der Presse und im Internet ([www.osnabrueck.de/bebauungsplaene](http://www.osnabrueck.de/bebauungsplaene)) bekannt gegeben. Dort gibt es auch ein Online-Formular, mit dem die Bürger während der Auslegungsfrist ihre Anregungen und Hinweise an die Verwaltung geben können.

Frau Gehrs übergibt eine Liste mit etwa 300 Unterschriften von Anwohnern, die sich gegen die Fortführung dieses Bebauungsplanverfahrens wenden und die Politik bitten, nochmals den Beschluss zu überdenken.

Eine Bürgerin sieht die Lebensqualität der Anwohner durch die zusätzliche Bebauung als beeinträchtigt an. Naherholungsmöglichkeiten würden wegfallen und stattdessen Baustellen entstehen. Außerdem würden im Rahmen der Konversion ohnehin Bauflächen zur Verfügung stehen, so dass der Bedarf für die Bebauung am Kalkhügel nicht gesehen wird. Durch ein Überangebot seien Leerstände und ein Preisverfall zu befürchten. Das Verkehrsaufkommen würde sich erhöhen.

Ein Bürger befürchtet, dass durch eine weitere Wohnbebauung auf dem Kalkhügel der noch vorhandene Fernblick versperrt sein wird. Einige Baugebiete in Osnabrück seien erst wenig bebaut und würden sich über Jahre hinweg als Baustellen darstellen.

Frau Gehrs weist darauf hin, dass der Lärm von der Autobahn schon jetzt ein Problem für Anlieger darstelle.

Herr Griesert berichtet, dass bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans im Jahr 2001 nicht nur die Entwicklung der Wohnbebauung untersucht wurde, sondern auch die Freiraumentwicklung und die Freiluftschneisen für das Stadtgebiet. Weiterhin wurde 2006/2007 eine Bauflächenrevision durchgeführt, bei der die Bebauungspläne im Hinblick auf dem Abzug der britischen Streitkräfte einer erneuten Prüfung unterzogen wurden. Darüber hinaus wurde ein wohnungsmarktwirtschaftlich und städtebaulich ausgerichtete Handlungskonzept in Auftrag gegeben. Ein „Lückenschluss“ in bereits vorhandenen Baugebieten sei sinnvoller als neue Baugebiete „auf der grünen Wiese“. Durch das Baulandmanagement der Stadt Osnabrück mit einer Kaufpreisbegrenzung würden insbesondere junge Familien gefördert. Die Stadt Osnabrück sei bestrebt, im Rahmen der gesamtstädtischen Entwicklung die Einwohner im Stadtgebiet zu halten bzw. im Stadtgebiet neu anzusiedeln. Dies bringe viele Vorteile mit sich, z. B. durch die Verringerung des Pendlerverkehrs in das Umland. Wenn der Stadt Os-

nabrück durch sinkende Einwohnerzahlen Einnahmen verloren gingen, stünden weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung, z. B. im Rahmen der Infrastruktur. Durch den Abzug der Briten werden ca. 1.300 Wohnungen frei, etwa die Hälfte davon in Mietskasernen. Wer ein Eigenheim bauen möchte, sei an diesen Wohnungen gar nicht interessiert. Die Stadt Osnabrück müsse für Bauwillige ein Angebot für die unterschiedlichsten Ansprüche vorhalten.

Frau Gehrs fragt, ob die von Briten genutzten Wohnungen nicht abgerissen und auf diesen Flächen neu gebaut werden könne.

Herr Griesert berichtet, dass der Bund der Eigentümer dieser Flächen ist, die sich zum Teil gar nicht für eine Wohnbebauung eignen, wie z. B. die Fläche im Hafengelände neben dem Gewerbe- und Industriegebiet. Zurzeit führt die Verwaltung einen Planungs- und Beteiligungsprozess zum Perspektivplan Konversion durch, an dem sich interessierte Bürger beteiligen können. Dort werden Vorschläge für die Nutzungen der einzelnen Kasernenflächen erarbeitet.

Eine Bürgerin beklagt die fehlenden Naherholungsmöglichkeiten, wenn immer mehr Grün- und Naturflächen versiegelt werden und nennt als Beispiel den Burenkamp, in dem Industrieansiedlungen eigentlich die Ausnahme sein sollten.

Ein Bürger hält es für unwahrscheinlich, dass Einwohner aus dem Landkreis in das Stadtgebiet ziehen, auch wenn es Zuschüsse für junge Familien gibt, da sich nicht jeder ein Grundstück im Stadtgebiet leisten könne. Wenn weitere Flächen versiegelt würden, sei der Standort kaum mehr attraktiv.

Herr Griesert weist hin auf verschiedene Programme zur Wohnbauförderung des Landes Niedersachsen sowie auf das Förderprogramm der Stadt Osnabrück ([www.osnabrueck.de/wohnbaufoerderung](http://www.osnabrueck.de/wohnbaufoerderung)). Bauvorhaben im Umland mit der entsprechenden Erschließung führten ebenfalls zu Versiegelungen des Bodens, dazu käme in der Regel ein höheres Verkehrsaufkommen. Ein Baugebiet wird ohnehin durchschnittlich etwa zur Hälfte bebaut, die andere Hälfte der Fläche wird z. B. für Wege, Grünanlagen, Baumstandorte usw. vorgesehen.

Herr Jasper hält abschließend fest, dass die Hinweise und Kritiken aus der heutigen Sitzung an die Verwaltung weitergegeben werden. Bürger können dann während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfes Stellung nehmen. Aus den Planunterlagen wird auch dieverkehrliche Anbindung zu ersehen sein.

Eine Bürgerin fragt, ob das Bebauungsplanverfahren noch gestoppt werden könne.

Herr Jasper teilt mit, dass der Rat der Stadt Osnabrück im Rahmen eines Abwägungsprozesses die Satzungsbeschlüsse fasst und einen Bebauungsplan auch ablehnen könne.

Eine Bürgerin fragt, warum die Kleingärten schon aufgegeben werden.

Herr Jasper weist darauf hin, dass es sich um eine private Fläche und demnach um eine Entscheidung des Grundstückseigentümers handelt.

#### **4 b) Elisabeth-Siegel-Schule: Reparatur der sanitären Anlagen**

---

Die Antragstellerin fragt nach der Sanierung der sanitären Anlagen.

Die Verwaltung berichtet wie folgt:

Nach Rücksprache mit der Schule und Vertretern des Schulelternrates besteht aktuell kein dringender Sanierungsbedarf. Es ist beabsichtigt, ein Sanierungskonzept für die Sanitäranlagen durch Mitarbeiter des Eigenbetriebes Immobilien- und Gebäudemanagement erstellen

zu lassen und dieses im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und in Absprache mit der Schule in den kommenden Jahren umzusetzen.

Mehrere Bürger widersprechen dieser Darstellung. Manche Schüler würden sich inzwischen weigern, wegen der Geruchsbelästigung und des Ungezieferaufkommens die Toiletten zu benutzen. Es wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung einen Ortstermin mit den Eltern durchführt.

Herr Jasper bittet die Verwaltung, so zu verfahren und dann zu prüfen, ob die Sanierung zeitlich vorgezogen werden könne.

#### **4 c) Beleuchtung am Schotterweg hinter der Bereitschaftspolizei (Verbindungsweg „Mercatordorf“ zur Brinkstraße)**

Zwei Antragsteller schlagen eine Beleuchtung des Weges vor, der von Schulkindern genutzt wird und im Winter zu dunkel ist.

Herr Santjer stellt den Bereich anhand eines Luftbildes vor. Es handelt sich um einen Weg von etwa 300 bis 400 m Länge. Die Installation von zwölf Leuchten würde etwa 20.000 Euro kosten, dazu kämen die jährlichen Unterhaltungs- und Energiekosten. Da es eine Alternative zu diesem Weg gibt (Anna-Gastvogel-Straße, Mercatorstraße), soll keine Beleuchtung installiert werden.

Ein Bürger teilt mit, dass der Weg stark zugewuchert ist und Bauschutt dort liegt. Die Verwaltung hatte zugesagt, die Pflege zu übernehmen. Gerade für Radfahrer sei der Weg im Dunkeln sonst zu gefährlich.

Ein weiterer Bürger fragt, warum überhaupt ein Weg angelegt wird, wenn es dort keine Beleuchtung gibt.

Herr Griesert berichtet, dass auf eine Beleuchtung von Wegen innerhalb der öffentlichen Grünflächen aus Kostengründen grundsätzlich verzichtet wird. Eine Ausnahme wurde in der Martini-Kaserne nur bei zwei Wegeabschnitten gemacht, die auch als Schulwege wichtig sind und zu denen es keine Alternative über beleuchtete Straßen gibt (Irmgard-Kestner-Straße - Brinkstraße und Johann-Domann-Str. - Gottlieb-Planck-Str.). Der Hinweis zur Pflege des Weges wird an den Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe weitergeleitet.

#### **4 d) Geplanter Ausbau der Kanalisation und der Straße am Knappsbrink**

Der Antragsteller spricht sich im Namen der Anliegergemeinschaft Knappsbrink gegen den Ausbau aus und fragt nach den Kosten für die Anlieger.

Herr Santjer berichtet, dass die Planung für den Straßenausbau bereits zweimal im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten wurde. Er stellt anhand von Planskizzen das Konzept für die zukünftigen Straßenquerschnitte vor. Im September soll der Fachausschuss eine Entscheidung treffen. Der Kanalbau würde dann im Herbst beginnen und der Straßenbau ab Frühjahr 2009 folgen.

Ein Bürger kritisiert, dass die Verwaltung keine Aussage zu den Kosten für die Anlieger trifft, da die Kosten für den Straßen- und Kanalbau doch in der Haushaltsplanung der Verwaltung veranschlagt werden müssten.

Herr Santjer berichtet, dass die Kosten zurzeit berechnet würden und vorgesehen sei, die Anlieger im Zeitraum Juli/August zu informieren.

Weiterhin wird von einem Bürger kritisiert, dass in der Fachausschusssitzung keine Diskussion mit den Anliegern stattfand und die Argumente der Anlieger von den Ratsmitgliedern in



der Sitzung nicht vorgetragen wurden. Der Beschluss erfolgte dann gemäß der Vorlage der Verwaltung. Die Anlieger wurden über diese Beratung nicht informiert.

Herr Griesert berichtet, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sich bereits in den Sitzungen am 03.04. und am 24.04. mit diesem Bauvorhaben befasst hat. Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen werden im Internet unter [www.osnabrueck.de/sitzungstermine](http://www.osnabrueck.de/sitzungstermine) veröffentlicht, sobald in der darauf folgenden Sitzung die Sitzungsniederschrift genehmigt wurde.

Frau Gehrs fragt, warum ein Straßenausbau vorgenommen wird, wenn sich die Anlieger dagegen aussprechen.

Herr Hus führt aus, dass in den Fachausschusssitzungen durchaus kritisch nachgefragt wurde, z. B. hinsichtlich des felsigen Straßengrunds. In den Sitzungsunterlagen, die den Ausschussmitgliedern zur Vorbereitung der Sitzung vorab zugeschickt werden, war auch das Schreiben der Anliegergemeinschaft vom 28.02. enthalten. Die Ausschussmitglieder würden bei der Entscheidungsfindung eine Abwägung der verschiedenen Argumente vornehmen. Die Ratsmitglieder seien selbstverständlich die Vertreter der Bürger, allerdings der Bürger des gesamten Stadtgebietes. Die Straßensituation stellt sich hier als desolat dar. So gab es Klagen über voll gelaufene Kellerräume bei Starkregen. Der ordnungsgemäße Zustand von Straßen sei im Interesse der Allgemeinheit. Natürlich sei kein Anlieger begeistert, wenn er zu den Kosten für eine Straßensanierung herangezogen würde. Weiterhin berichtet Herr Hus, dass er von Anliegern angeschrieben wurde und sagt eine Beantwortung noch vor der Fachausschusssitzung im Herbst zu. Herr Jasper ergänzt, dass auch er von Anliegern kontaktiert wurde und das Anliegen an die Ratsmitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt weitergeleitet habe.

Herr Scholz gibt zu bedenken, dass sich die Straßenbauvorhaben in der Parkstraße und der Dr.-Eckener-Straße schon verzögert hätten und nun eine weitere Baustelle hinzukommen würde. So entstünden wieder Stausituationen. Die Termine für die Baumaßnahmen müssten besser abgestimmt werden.

Herr Griesert berichtet, dass die Planung der Baumaßnahmen und die dazu erforderlichen Ausschreibungen auch abhängig seien vom Zeitpunkt der Genehmigung des Haushaltes der Stadt Osnabrück. Er bestätigt, dass bei der Sanierung und Unterhaltung ein gewisser Maßnahmenstau vorhanden ist. Einzelne Reparaturen seien auf Dauer teurer als die komplette Sanierung. Die Arbeiten würden unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nach einer Prioritätenliste vorgenommen.

Herr Santjer spricht den Fußweg parallel zur Bahnstrecke bis zur Bahnbrücke an. Dort könnte neben dem Radweg eine kleine Treppe angelegt werden.

Die Anwesenden sprechen sich gegen diesen Vorschlag aus. Im Dunkeln wäre dies zu unsicher. Frau Gehrs schlägt vor, an dieser Stelle einen „Spiegel“ anzubringen. Wer vom Knappsbrink mit dem Rad die abschüssige Strecke hinab fährt, könne dann rechtzeitig erkennen, wenn von der rechten Seite ein Kfz kommt.

Zum Verfahren für die Festsetzung der Anliegerbeiträge gibt die Verwaltung folgende Information:

Die Kosten des Straßenausbaus werden nach den im Einzelfall anzuwendenden beitragsrechtlichen Bestimmungen (Baugesetzbuch (BauGB)/Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG)) und der jeweiligen städtischen Satzung abgerechnet.

Beitragspflichtig sind die Grundstückseigentümer bzw. die Erbbauberechtigten.

Vorgesehen ist, frühestens mit Beginn der straßenbaulichen Maßnahmen Vorausleistungen (= Anzahlungen) auf die Ausbaubeiträge zu erheben.

Die Endabrechnung erfolgt nach Abschluss der jeweiligen Baumaßnahme.

Angaben zur wahrscheinlichen Höhe der späteren Beiträge sind möglich, sobald die Beitragsabrechnungen in ihren wesentlichen Teilen und unter Einbeziehung verlässlicher Kostangaben aufgestellt sind. Die Beitragspflichtigen werden anschließend im Rahmen dieses Verfahrens zunächst schriftlich über die Höhe des Beitrages informiert, der später per Bescheid geltend gemacht wird.

Die Abrechnungsunterlagen können dann beim Fachdienst Beitragswesen eingesehen werden und werden auf Wunsch erläutert.

Sollten daneben im Rahmen der Arbeiten an der Kanalisation ggf. auch Kosten für die Erstellung neuer Hausanschlüsse für Schmutz- und/oder Regenwasser entstehen und umzulegen sein, werden hierfür separate Beiträge berechnet. Bei Grundstücken, die nur auf Widerruf an die Entwässerungsanlage angeschlossen sind, wird beim Bau eines neuen Hauptkanals für diese Grundstücke erstmalig ein Abwasserbeitrag fällig.

Nähere Auskünfte hierzu können Anlieger ebenfalls beim Fachdienst Beitragswesen bekommen.

#### **4 e) Straßensanierungen (Limberger Straße, Am Pappelgraben, Straße am Wüstensee)**

Der Antragsteller fragt in Namen des Bürgervereins Wüste e. V. nach der Sanierung der Straßen, die baulich und verkehrstechnisch in einem schlechten Zustand sind.

##### Limberger Straße:

Herr Santjer zeigt einige Fotos zum Straßenzustand und berichtet, dass der rechte Rand der Straße aufgehört wird.

Herr Runge erläutert, dass die dort an der linken Straßenseite parkenden Kfz offensichtlich den im Hochhaus wohnenden Studenten zuzuordnen seien. Die Durchfahrt wird dadurch blockiert. Fußgänger müssten auf der Straße gehen. Dort sollte ein Halteverbot eingerichtet werden.

Ein weiterer Bürger sieht die parkenden Kfz als verkehrsberuhigende Maßnahme an.

Herr Jasper schlägt vor, dass die Verwaltung diese Frage in einer Verkehrsbesprechung berät.

##### Pappelgraben:

Herr Santjer bestätigt den schlechten Zustand der Straße. Aufgrund des moorigen Untergrundes fällt die Straßenfläche in Richtung des Grabens ab. Mittel für die Sanierung sind für das Haushaltsjahr 2010/2011 angemeldet. Die Straßenplanung wird vorab den Anwohnern vorgestellt.

Ein Bürger fragt, ob jetzt keine Ausbesserungsmaßnahmen mehr vorgenommen werden.

Herr Santjer weist darauf hin, dass aufgrund des weichen Bodens Ausbesserungen keine Abhilfe mehr schaffen.

##### Wüstensee

Herr Santjer berichtet über den Zustand der Jahnstraße, die teilweise abgesackt ist. Demnächst wird eine neue bituminöse Deckschicht auf dem Teilstück am Wüstensee aufgetragen.

Herr Runge berichtet, dass diese Straße insbesondere für Fußgänger und Radfahrer unsicher sei (siehe auch TOP 3b). Der Weg würde auch als Schulweg genutzt. Die Verkehrssicherheit müsse verbessert werden.

Herr Kersten fragt nach den Anliegerbeiträgen. Wenn die Maßnahme in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2010 mit einem bestimmten Kostenvolumen veranschlagt sei, müsste doch schon eine Auskunft erteilt werden können.

Herr Griesert berichtet, dass solche Bauvorhaben dem Vergaberecht unterliegen und öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Danach sei das wirtschaftlichste Angebot auszuwählen. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Stadt selber je nach Zweckbestimmung der Straße einen Anteil zwischen 25 und 75 % der Sanierungskosten trägt. Bei der Berechnung der Anliegerbeiträge seien viele Aspekte zu berücksichtigen. So könne es bei der endgültigen Abrechnung im Einzelfall durchaus Abweichungen von bis zu 30 % geben - sowohl günstiger wie auch teurer. Daher sei die Verwaltung im Vorfeld von Baumaßnahmen sehr zurückhaltend mit Aussagen hinsichtlich der Anliegerbeiträge.

#### **4 f) Verkehrsdichte an der Fritz-Reuter-Straße**

Eine Anwohnerin beklagt eine sehr hohe Verkehrsdichte. Die Kfz befahren den Bürgersteig und die Verkehrsinsel. Insbesondere Kinder sind gefährdet, z. B. auf dem Weg zum neu angelegten Spielplatz.

Herr Santjer zeigt anhand eines Stadtplanausschnittes auf, dass es sich bei der Fritz-Reuter-Straße um eine Querverbindung zwischen Blumenhaller Weg und Alfred-Delp-Straße handelt und dementsprechend Verkehrsbeziehungen aus der Wüste in Richtung Hellern, BAB usw. herrschen.

Die Verkehrsdichte wurde in den Jahren 2007 und 2008 gemessen (Verkehrszählungen über eine Woche). Dabei ergab sich ein Mittelwert von 2.600 Fahrzeugen je 24 Stunden (2007: 2.500 Fahrzeuge). Dies ist ein normaler Durchschnittswert für einen solchen Straßenzug. 85 % der Fahrzeuge halten die Tempo-30-Begrenzung ein.

Herr Santjer berichtet, dass die Verwaltung zur Verbesserung der Verkehrssituation die Baumscheiben so gestalten will, dass man sie nicht mehr überfahren kann. Weiterhin sollen einige Poller aufgestellt werden. Wenn Kfz auf der Straße parken, würde dies auch die Durchfahrtsgeschwindigkeit senken.

Ein Bürger berichtet, dass aus Richtung Blumenhaller Weg nicht erkannt wird, dass es sich um eine Tempo-30-Zone handelt, da das aufgestellte Schild zu klein sei. Er fragt, ob die bestehenden Aufpflasterungen erhöht werden können. Diejenigen Kfz, die sich nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkung halten, würden zudem besonders schnell fahren. Gefährlich seien auch die Rollerfahrer, die über die Bürgersteige fahren. Er fragt, ob die Straße als Einbahnstraße ausgewiesen werden könne.

Frau Kimmann berichtet, dass es morgens viel Verkehr aus Richtung Hellern zum Landesbildungszentrum gibt und abends der entsprechende Gegenverkehr durch die Straße fährt. Wenn Kfz an Hindernissen stoppen müssten, hätten die Anwohner stärker unter den Autoabgasen zu leiden. Bei einer Ausweisung als Einbahnstraße könnte zumindest die Hälfte des Schleichverkehrs auf andere Straßen verteilt werden. Die Straßenecke Alfred-Delp-Straße und Fritz-Reuter-Straße ist als spitzer Winkel gestaltet, dort fahren die Pkw über den Bürgersteig.

Herr Griesert teilt mit, dass die Verwaltung prüfen wird, ob bzw. wann es Spitzenwerte gibt und ob weitere verkehrslenkende Maßnahmen möglich sind.

Herr Runge berichtet, dass schon früher über Einbahnstraßen in der Wüste diskutiert wurde. Damit würde der Verkehr aber nur auf andere Straßen verdrängt. Insbesondere an der Einmündung zur Alfred-Delp-Straße sollte versucht werden, eine Verkehrsberuhigung zu erreichen, da dort die Kinder ihren Schulweg haben.

#### **4 g) Spielwiese am ehem. Cafe Fernblick auf der Berningshöhe**

Der Bürgerverein Neustadt e. V. berichtet über Hundekot auf der Spielwiese und schlägt eine entsprechende „Verbotsbeschilderung“ vor. Weiterhin wird die Aufstellung einiger Bänke gewünscht.

Die Verwaltung berichtet wie folgt: Die Fläche wird vom Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe 14-tägig gemäht. Der Spielplatz liegt oberhalb, südlich der Wiese. Eine Ausweisung der Wiese als Spielplatz sollte erst nach Vorliegen des Gesamtstädtischen Spielplatzkonzeptes geprüft werden, welches in 2009 fertig gestellt sein sollte.

Das Aufstellen von einer Bank und einem Abfallbehälter wird vom Eigenbetrieb geprüft. Erst wenn eine Fläche als Kinderspielplatz ausgewiesen ist, kann der Fachbereich Bürger und Ordnung tätig werden im Rahmen der GefahrenabwehrVO (z. B. Mitnahmeverbot von Hunden inkl. Kontrolle durch das OS TEAM).

Herr Döring berichtet, dass Hunde während der Brut- und Setzzeiten nicht an der Leine gehalten werden und auf dem Kinderspielplatz frei laufen. Er teilt mit, dass das Gras auf dem Kinderspielplatz nicht gemäht wird und schon 30 cm hoch steht. Weiterhin schlägt er vor, dass sich die Verwaltung vor dem Bau des neuen Kinderspielplatzes mit den Anliegern in Verbindung setzt.

Herr Niendieker begrüßt es, dass Kinder mit Hunden zusammen auf einer freien Fläche spielen können. Gerade in diesem Wohngebiet gibt es viele Hundehalter. Weiterhin berichtet er, dass zwei Sitzbänke von Bürgern gestiftet werden sollten.

#### **4 h) Eingangsbereich Spielplatz Friedrich-Lehmann-Platz**

Die Antragstellerin spricht sich für eine bessere Absicherung des Eingangsbereiches aus.

Die Verwaltung berichtet wie folgt: Der Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe wird die Drehflügelsperre vom Eingang Sutthäuser Straße zum Eingang Brinkstraße versetzen. Der vorhandene Holzzaun wird weiter in den Eingangsbereich verlängert, so dass nur noch ein schmaler Durchlass zur Sutthäuser Straße vorhanden ist.

Frau Gerrish spricht sich dafür aus, den Zugang an der Sutthäuser Straße komplette zu schließen, da ein Durchgang an dieser Stelle für Kinder zu gefährlich sei.

Weitere Bürger schließen sich dieser Aussage an. Evtl. könnte auch eine selbstschließende Pforte am Zugang zur Sutthäuser Straße angebracht werden.

#### **4 i) Sachstand Planung Umweltzone**

Die Antragstellerin fragt nach dem Sachstand und den Stadtteilen, die betroffen sein würden.

Herr Jasper berichtet, dass die Verwaltung einen Entwurf für einen Luftreinhalte- und Aktionsplan erarbeitet hat, der in der Sitzung des Rates der Stadt Osnabrück am 08.07.2008 beraten wird. Sofern der Plan dann beschlossen wird, erfolgt voraussichtlich ab 28. Juli die einmonatige Beteiligung der Öffentlichkeit, bei der die Bürger ihre Anregungen tätigen können.

Herr Griesert erläutert, dass der Plan im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie erarbeitet wurde und eine Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid (ab 2010) sichern soll. Für Osnabrück gibt es u. a. den Vorschlag zur Einrichtung einer flächigen Umweltzone. Der Luftreinhalte- und Aktionsplan würde dann ab 1. Juli 2009 stufenweise umgesetzt, so wie es schon in Hannover und einigen anderen Städten geschehen ist. In Deutschland wird es demnächst etwa 40 Umweltzonen geben. In den anderen europäischen Staaten wird ebenso verfahren. Nach der Bearbeitung der Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung wird der Luftreinhalte- und Aktionsplan im Herbst erneut den politischen Gremien zur

Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Weitere Informationen gibt es unter [www.osnabrueck.de/umweltzone](http://www.osnabrueck.de/umweltzone).

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass die Umweltzone in Osnabrück relativ groß sein würde und ältere Fahrzeuge nicht mehr in das Stadtgebiet fahren dürften. Nicht jeder könne sofort einen Neuwagen kaufen. Die älteren Fahrzeuge würden ohnehin nach und nach abgeschafft werden, so dass sich die Situation mit der Zeit von alleine bessern würde.

Herr Griesert erläutert, dass durch Modellrechnungen für das Stadtgebiet ermittelt wurde, dass Verbesserungen der Luftqualität für die Einwohner der Stadt durch die Einrichtung einer flächigen Umweltzone erreicht werden können. Punktuelle Maßnahmen hätten dagegen in Osnabrück nur eine sehr geringe Auswirkung. Jeder Kfz-Halter sollte sich erkundigen (Internet, TÜV), ob bzw. welche Plakette sein Fahrzeug erhalten werde. Die Zahl der Fahrzeuge, die keine Plakette erhalten würden, beläuft sich auf weniger als 5 % der zugelassenen Kfz in Osnabrück.

Ein Bürger wendet ein, dass bei einer solch geringen Anzahl von Kfz kaum eine Verbesserung erzielt werde. Dagegen würden insbesondere die Unternehmen behindert, die ihre Fahrzeugflotte nicht so schnell austauschen könnten.

Herr Griesert berichtet, dass aber gerade die Fahrzeuge, die eine Umweltzone nicht mehr befahren dürften, einen relativ hohen Schadstoffausstoß haben. In Osnabrück seien 18.000 Einwohner von einem der beiden Schadstoffe betroffen. Der Feinstaub emittiert aus vielen Quellen und wird auch aus dem Umland von Osnabrück in das Stadtgebiet hineingetragen. Beim Stickstoffdioxid sei aber der Autoverkehr zu 80 % der Verursacher. Ein Fahrzeug, das keine Plakette bekommt, stößt das 10-fache an Stickoxiden und das 35-fache an Feinstaub aus wie ein Fahrzeug, das den Euro-4-Standard hat. Die Stadt Osnabrück müsse für eine Verbesserung der Luftqualität tätig werden. Bürger können auf Grundlage der EU-Richtlinie entsprechende Maßnahmen bei der Kommune einklagen.

Frau Gehrs fragt, ob eine Umweltzone auch für motorisierte Zweiräder gelten würde. Dies wird von Herrn Griesert verneint.

#### **4 j) Verkehrsführung während der Umgestaltung Hoffmeyerplatz**

Die Antragstellerin fragt nach der Verkehrsführung des Platzes, der nun umgestaltet wird.

Herr Santjer berichtet über die abschnittswisen Straßensperrungen während der Bauphase am Hoffmeyerplatz, die bis zum 9.7. dauern wird.

Mehrere Bürger bitten darum, die Umleitungsbeschilderung möglichst weiträumig anzubringen, damit die Kfz vom Wallring aus nicht in die Wohngebiete fahren und sich kein Schleichverkehr entwickelt.

Herr Werremeyer berichtet, dass in der Rehmstraße seit der Einrichtung der Buslinie das dortige Basaltpflaster in kurzer Zeit in einen sehr schlechten Zustand geraten ist. Die Straßenränder würden abbrechen.

Herr Santjer bestätigt, dass eine Ausbesserung erfolgen wird, sobald die Baumaßnahme am Hoffmeyerplatz mit den entsprechenden Umleitungen abgeschlossen ist.

#### **4 k) Grünflächen am Pappelsee (Wege, Bänke)**

---

Der Antragsteller schlägt vor, weitere Bänke am Pappelsee aufzustellen und weist darauf hin, dass in der Grünfläche die Brennnesseln wuchern.

Die Verwaltung berichtet wie folgt: Die Unterhaltung der öffentlichen Grünanlage um den Pappelsee obliegt dem Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe, die in Rede stehende Fläche wird 2 x monatlich gemäht.

Der Eigenbetrieb prüft die Möglichkeit zur Aufstellung weiterer Bänke, bittet jedoch bereits jetzt um Verständnis, dass aufgrund der begrenzten Haushaltsmittel maximal zwei zusätzliche Halbstammbänke (siehe Bankkonzept Stadt Osnabrück) mit jeweiligen Abfallbehälter vorgesehen werden können.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die aktive Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann  
Protokollführerin

Anlage: Bericht aus der letzten Sitzung

Sitzung des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste am 11.06.2008

## TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung hat die Anregungen und Wünsche aus der Sitzung des letzten Bürgerforums bearbeitet und Folgendes veranlasst:

### Anregungen und Wünsche aus der Sitzung am 06.12.2007

### Bericht der Verwaltung

<p>Straßenzustand Limberger Straße (Nähe Bahnunterführung (TOP 2 b)) hier: Ausbau dieses Straßenabschnitts</p>	<p>► Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 4e). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.</p>
<p>Stadtbusverbindungen in Richtung Wüste und innerhalb der Wüste (TOP 2 c + 2f)</p>	<p>Die Stadtwerke Osnabrück AG setzen inzwischen verstärkt größere Busse (Gelenkbusse) ein.  Für die Strecke aus der Wüste in Richtung Innenstadt wurde in der Frühphase (zwischen 6 und 7 Uhr) bereits eine zusätzliche Verbindung eingerichtet, weitere sind geplant.</p>
<p>Verkehrssituation Kiwitstraße (TOP 2 d / 4 a)</p>	<p>Das Thema wird in einer Verkehrsschau am 17.06. behandelt.  Die Verwaltung wird in der heutigen Sitzung des Bürgerforums über den aktuellen Sachstand berichten.</p>
<p>Störungen der Anwohner durch Betrieb an der Schreberstraße (TOP 4b) hier: Toilettenanlage für Imbissstand</p>	<p>Für den Betrieb eines solchen Imbisses ist nur eine gewerbe- bzw. lebensmittelrechtlich vorgeschriebene Anzeige erforderlich. Die Aufstellung von Toilettenanlagen ist nicht vorgeschrieben.</p>
<p>Verkehrssicherheit am Kinderspielplatz Theo-Fritz-Koch-Weg (TOP 4 d) hier: mobile Sperren</p>	<p>Das Thema wird in einer Verkehrsschau am 17.06. behandelt.  Die Verwaltung wird in der heutigen Sitzung des Bürgerforums über den aktuellen Sachstand berichten.</p>
<p>Einführung einer Tempo-30-Zone auf der Sutthäuser Straße zwischen Lissy-Rieke-Straße und An der Quellenburg (TOP 4 f) hier: Schaffung von Querungsmöglichkeiten</p>	<p>Das Thema wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.01.2008 beraten. Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, Vorschläge für die Verbesserung der Überquerungsmöglichkeiten zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen.</p>